

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Universitätsstadt Marburg
am Freitag, 25.09.2009, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, von Ploetz, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Stompfe, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Floherschütz, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal

Marburger Linke: Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer, Dr. Weber

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Adsan (Marburger Linke), Backes (SPD), Köhler (Bündnis 90/Die Grünen), Lohse (CDU), Mertins (SPD), Dr. Röder (CDU), Vaupel (CDU), Weidemann (SPD) sowie die Stadträte Biver, Hertlein und Dr. Weinbach.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:10 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 04.09.2009 ist allen Stadtverordneten mit Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei dringliche Anträge vor:

**1. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung der Marburger Stadtbusverbindungen - Änderungsvorschläge zum Nahverkehrsplan 2009 - 2014
VO/0632/2009**

Der dringliche Antrag liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor. Die Dringlichkeit wird zusätzlich begründet durch den Stadtverordneten Dr. Weber (Marburger Linke).

Gegen die Dringlichkeit spricht die Stadtverordnete Schwebel (FDP).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Fraktion Marburger Linke die Dringlichkeit. Damit ist die erforderliche 2/3 Mehrheit nach der Hessischen Gemeindeordnung nicht erreicht.

Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

**2. Dringlicher Antrag der MBL-Fraktion betr. Bürgerversammlung zu Windkraftanlagen
VO/0650/2009**

Hierzu spricht der Stadtverordnetenvorsteher. Wie im Ältestenrat angekündigt wird demnächst eine Bürgerversammlung zu dem Thema stattfinden. Ein Termin muss noch gefunden werden. damit ist die vorliegende dringliche Vorlage erledigt.

Der Stadtverordnete Ludwig (MBL-Fraktion) begründet die Vorlage dennoch mündlich und stimmt der Auffassung des Stadtverordnetenvorstehers, dass der

Antrag erledigt sei zu.

Auch dieser dringliche Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Vor der weiteren Beratung der Tagesordnung unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher um 16:17 Uhr die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und beruft den Ältestenrat ein.

Nach der Sitzung des Ältestenrates wird die Stadtverordnetenversammlung um 16:40 Uhr fortgeführt. Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Tagesordnung, die in den Ausschüssen beantragten Aussprachen und die empfohlenen Zurückstellungen.

Der Oberbürgermeister spricht zum Tagesordnungspunkt 7 „Aufstellung des Regionalplans Mittelhessen, Stellungnahme der Universitätsstadt Marburg im Rahmen der zweiten Anhörung und Offenlegung des Regionalplanentwurfs Mittelhessen 2009 einschließlich des Umweltberichts und des Berichts zur FFH-Vorprüfung gemäß § 10 Absatz 4 des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG) in der Fassung vom 12. Dezember 2007 (GVBL. I 27/2007 S. 851)“ (VO/0583/2009) und zieht die Ziffer 8 der Stellungnahme der Universitätsstadt Marburg zurück.

Der Stadtverordnetenvorsteher zieht den Tagesordnungspunkt 12.6 „Antrag des Stadtverordnetenvorstehers betr. Anpassung der Entschädigungen und der Fraktionsfinanzierung“ (VO/0618/2009) zurück. Die Vorlage wird heute nicht behandelt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

**zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 1 10/2009)
Vorlage: VO/0641/2009**

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie das Kinderfloßprojekt von den Marburger Kindergärten angenommen wird, und ob dieses Projekt fortgesetzt werden soll?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der FD Kinderbetreuung der Universitätsstadt Marburg führt regelmäßig seit einigen Jahren zusammen mit der DLRG und dem FD Stadtgrün, Umwelt und Natur einen „Flusskindergarten“ durch, der im Rahmen der Bildungskonzeptionen der kommunalen Kindertageseinrichtungen die Möglichkeit zum Forschen und Entdecken im Naturraum „Lahn“ ermöglicht. Dieses Projekt wird einmal jährlich für eine Woche angeboten, teilnehmen können Gruppen mit rd. 15 Kindern aus allen städtischen Kindertagesstätten; die langjährigen Erfahrungen zeigen, dass der Flusskindergarten von den städtischen Einrichtungen und den Kindern sehr

gut angenommen wird.

Mit dem städtischen Flusskindergarten wurde die Einbeziehung von „Lahn“ und Wasser erstmals für die kommunalen Kindertagesstätten angedacht und umgesetzt. Der Flusskindergarten ist überaus erfolgreich und soll aus Sicht des Magistrats in jedem Fall fortgeführt werden. Der Flusskindergarten 2009 fand vom 14. bis 18. September statt.

Seit Ende April diesen Jahres gibt es durch den Träger bsj e.V. ein ähnliches Angebot, das „Kinderfloß“, das sich ebenfalls an Gruppen aus Kindertagesstätten, aber auch an Horte und Schulklassen wendet. Im Unterschied zu dem Flusskindergarten findet dieses über einen längeren Zeitraum - in 2009 von Ende April bis in den Oktober - statt, wodurch die Möglichkeit einer zeitlichen Ausweitung auf ein bis zwei Wochen je Gruppe besteht. Dadurch können Themen der Frühen Bildung und der Gesundheitsförderung mit den Kindern intensiver behandelt werden. In 2009 haben 22 Gruppen mit ein- bis zweiwöchigen Projekten teilgenommen. Für 2010 sind bereits größere Zeiträume ausgebucht, die Nachfrage zeigt, dass auch dieses Angebot in den nächsten Jahren weitergeführt werden sollte.

Beide Projekte - Flusskindergarten und Kinderfloß - zeigen, wie wichtig naturnahe Lernorte, wie z.B. die Lahn, und naturpädagogische Zugänge im Bereich der frühen Bildung sind. Diese Lernorte fordern zum Forschen und Experimentieren auf und eröffnen den Mädchen und Jungen vielfältige und entwicklungsangemessene Möglichkeiten zu einer selbsttätigen sowie selbstbildenden Auseinandersetzung mit der Welt.

Der Magistrat befürwortet eine Weiterführung des Projektes Kinderfloß ebenso wie den Flusskindergarten und wird entsprechende Mittel in den Haushaltsentwurf 2010 einbringen. Über die Fortführung wird im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden sein.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (B90/Die Grünen)) wird ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

**zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 2 10/2009)
Vorlage: VO/0634/2009**

Welche prophylaktischen Maßnahmen ergreift die Stadt Marburg in Kindergärten und Schulen zur Bekämpfung der so genannten „Schweinegrippe“ H1N1 über die sehr lobenswerten Händewaschanleitungen an den Waschbecken hinaus?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Wie bekannt ist, ist eine Bekämpfung der Schweinegrippe/neuen Grippe/ Mexikogrippe nicht mehr möglich. Die ungezügelte Ausbreitung kann aber durch die Anwendung der einfachsten Hygienemaßnahmen zumindest eingedämmt werden.

Die Stadtverwaltung Marburg hat über die Verteilung von Hygieneanleitungen hinaus eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um im Falle einer höchsten

Krisenstufe im Rahmen der sich entwickelnden Pandemie das öffentliche Leben soweit notwendig und möglich aufrecht zu erhalten. Die Maßnahmen sind ausschließlich geeignet, um den Schutz der Beschäftigten in diesem Fall sicherzustellen. Für den Schutz und die Information der Bürgerinnen und Bürger sind die Gesundheitsbehörden des Landkreises, des Landes und des Bundes zuständig.

Folgende Maßnahmen wurden in der Stadtverwaltung eingeleitet:

- Aufruf an alle Beschäftigten, sich gegen die saisonale Grippe schutzimpfen zu lassen;
- Kontaktaufnahme und Informationsaustausch mit den maßgeblichen Gesundheitsbehörden (Fachbereich Gesundheit des Landkreises Marburg-Biedenkopf);
- Veröffentlichung von Informationen zur Schweinegrippe und dem richtigen Verhalten im Gemeinsamen Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung;
- Koordination der Pandemieplanung durch einen sich regelmäßig treffenden Arbeitskreis mit Beschäftigten aus Stadtverwaltung, Stadtwerken und Dienstleistungsbetrieb; Benennung von „Pandemiekordinatoren“ (Betriebsärztin der Stadt, Fachkraft für Arbeitssicherheit der Stadt);
- Festlegung des Personenkreises, der im Falle einer höchsten Krisenstufe mit Beschränkung des öffentlichen Lebens weiter arbeiten soll, um eine Grundversorgung der Bevölkerung sicher zu stellen und der die im Rahmen der obersten Krisenstufe notwendigen Arbeiten durchzuführen hat.
- Beschaffung von persönlicher Schutzausrüstung für diesen Personenkreis (Handschutz, Atemschutz, antivirale Grippemittel, Vollschutzanzüge, Desinfektionsmitteln zur Handreinigung) durch den Fachdienst Brandschutz;
- Über die Betriebsärztin Kontaktaufnahme mit Gesundheitsbehörden und Anzeige des Impfbedarfs dieses Personenkreises gegen die Neue Grippe unter dem Vorbehalt, dass dieser Impfstoff überhaupt zur Verfügung gestellt wird;
- Verschriftlichung von allen Maßnahmen im Rahmen eines „Kommunalen Pandemieplans“

Mit Stand vom 16. September 2009 wird auf Seiten der Gesundheitsbehörden festgestellt, dass die erste Welle der Pandemie nachlässt, daher wurde bisher außer der Veröffentlichung von Informationen, die Hinweise auf die Gripeschutzimpfung und die Hygienetipps enthalten, keine weitere Maßnahme für notwendig erachtet. Zurzeit sind auch in Schulen, Kindergärten und -tagesstätten oder innerhalb der Verwaltung keine über das normale Maß hinausgehenden Desinfektionsmaßnahmen notwendig.

zu 4.3

**Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 3 10/2009)
Vorlage: VO/0635/2009**

Welche Aspekte sind die maßgeblichen und allgemein fachlich anerkannten Voraussetzungen für Kinder- und Familienfreundlichkeit von Kommunen, und wo steht die Universitätsstadt Marburg bei diesen wesentlichen Eckpunkten im bundesweiten Vergleich?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es gibt sicherlich eine Vielzahl von Aspekten, die zu einer kinder- und familienfreundlichen Kommune beitragen. In der fachlichen Diskussion, und auch in den Themen, die in den verschiedenen Lokalen Bündnissen für Familie im Vordergrund stehen, werden dabei folgende Punkte immer wieder als besonders wichtig für eine kinder- und familienfreundliche Kommune betont:

- ausreichende und bezahlbare Kinderbetreuungsangebote, die den Kindern qualifizierte Bildungserfahrungen und den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen,
- die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Familien bei der Stadtplanung, d.h. bei der Ausgestaltung und Lage von Gebäuden, Mobilität und Spiel- und Aufenthaltsflächen,
- die Förderung von benachteiligten Kindern und Familien,
- eine „familiengerechte“ Infrastruktur, die z.B. Schwimmbad, Sportanlagen, Ferienangebote, Mehrgenerationenhaus, Kinderkino usw. umfasst und deren Vorhandensein in der Summe als familienfreundliches Klima wahrgenommen wird.

Eine Rangliste, aus der erkennbar wäre, wo Marburg im bundesweiten Vergleich als kinder- und familienfreundliche Stadt steht, ist uns nicht bekannt. Bisherige Untersuchungen haben eher Großstädte oder Landkreise bzw. Regionen anhand von Indikatoren verglichen. Wir kennen daher nicht den Marburger Platz in einem „Kinder- und Familienranking“

Bezüglich des Indikators „Versorgungsquote mit Betreuungsplätzen U3“ wissen wir jedoch, dass Marburg mit aktuell fast 29% in Hessen den Spitzenplatz einnimmt. Spitzenreiter in Westdeutschland ist Heidelberg mit rd. 33%. Und uns ist keine Kommune der Größe Marburgs bekannt, die vergleichbar niedrige Krippengebühren - für den Ganztagsplatz 139 € - nimmt. In dem Punkt „Betreuung von Kinder U3“ ist Marburg bundesweit im Vergleich unter den besten Städten.

**zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 4 10/2009)
Vorlage: VO/0646/2009**

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Wann beginnt die Stadt Marburg mit der im Ortsbeirat zugesagten Sicherung der Randstreifen an der Straße zwischen Lahnberge und Bauerbach sowie mit dem Rückschnitt von Gehölzen und Kräutern, die in die Straße hineinragen?

Die Fortsetzung der Befestigung des Seitenstreifens mit Kammersteinen ist in den Monaten November / Dezember 2009 vorgesehen. Der Rückschnitt des begleitenden Bewuchses wird kurzfristig vorgenommen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 5 10/2009)
Vorlage: VO/0647/2009**

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Was spricht dagegen, die ursprünglich für die Sanierung des Spielplatzes am Steinrücken gedachten Mittel zumindest teilweise für die Gestaltung des Mehrgenerationenplatzes zu verwenden?

Die Mittelverwendung entspricht dem Vorbericht des Haushaltsplanes 2009. Für die Sanierung des Spielplatzes am Steinrücken in Bauerbach sind bereits Aufträge erfolgt und es laufen Vorbereitungen. Die Maßnahme wird voraussichtlich Ende Oktober umgesetzt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 6 10/2009)
Vorlage: VO/0636/2009**

Ist dem Magistrat bekannt, ob und wann die Stadt Marburg die einheitliche Behördennummer 115 einführen will?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Seit März diesen Jahres ist die einheitliche Behördenrufnummer 115 (D 115) bundesweit in den Echtbetrieb gegangen. Stadtstaaten wie Berlin und Hamburg, die Städte Köln und Duisburg sowie weitere Städte und Gemeinden haben den Betrieb erfolgreich aufgenommen und werden in den kommenden 2 Jahren in einer Pilotphase überprüfen, wie dieses Angebot von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird. Danach soll eine Grundsatzentscheidung getroffen werden.

Andere Kommunen können sich je nach Entwicklungsstand und technischen Voraussetzungen diesem Pilotbetrieb anschließen.

Die Stadt Marburg ist bereits im Jahre 2008 der Modellregion Mitte, die auf Landesebene den Aufbau von D 115 mit vorantreibt, beigetreten und verfolgt seitdem die Entwicklung der Behördenrufnummer. Innerhalb der Stadtverwaltung hat sich eine entsprechende Projektgruppe gebildet, die für eine Umsetzung zuständig ist.

Da auch der Landkreis Marburg-Biedenkopf der Modellregion beigetreten ist, erfolgt ein Austausch zwischen Stadt und Kreis mit dem Ziel eine gemeinsame Lösung zu entwickeln.

Allerdings hat es zwischenzeitlich Entwicklungen gegeben, die die Umsetzung innerhalb der Stadtverwaltung zunächst zurückgedrängt haben.

Zum einen sind die Kommunen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

bis zum 28.12.2009 verpflichtet und zum anderen hat das Land Hessen ein Informationsportal geschaffen, den sog. Hessenfinder, das weite Teile der Behördenrufnummer D 115 abdecken kann und ebenfalls bis zum Jahresende voll funktionsfähig sein muss. Beide Projekte hängen eng mit der Einführung einer Behördenrufnummer zusammen und erfordern von den Kommunen eine intensive Beteiligung, die mit entsprechendem Personaleinsatz verbunden ist.

Sowohl das sog. Kommunale Fallmanagement im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie, bei der Bürger aus der EU bei einem Einheitlichen Ansprechpartner online ein Gewerbe anmelden können, als auch der Aufbau des sog. Hessenfinders haben somit oberste Priorität. Vor diesem Hintergrund hat das Projekt D 115 zunächst zurückzustehen. Allerdings kann von der Umsetzung der beiden Projekte beim Aufbau von D 115 profitiert werden.

Ziel ist es, im Jahre 2010 die notwendigen räumlichen, personellen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um im Jahre 2011 an D 115 teilzunehmen.

zu 4.7 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 7 10/2009)**
Vorlage: VO/0637/2009

In welche Richtung gingen die Wünsche der „Wunschbaum - Aktion für Marburger Familien“ und welche Wünsche werden davon umgesetzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Auf die Aktion „Wunschbaum für ein familienfreundlicheres Marburg“ des Bündnisses für Familie gingen rund 850 Wünsche und Antworten von Kindern und Erwachsenen unserer Stadt ein, abgegeben an 28 verschiedenen Standorten. Je nach Standort des Wunschbaumes gab es spezifische Vorschläge für Verbesserungen, aber auch Lob.

Alle Wünsche wurden in ein Excel-Arbeitsblatt übertragen, das sich nach dem Standort des Wunschbaums und der Zuständigkeit sortieren lässt. Die Zuständigkeit (Fachbereich, Fachdienst, Betrieb) wurde der Sache nach von den Mitarbeiterinnen des Gleichberechtigungsreferates in der Liste vermerkt. Die Excel-Datei wurde Ende Juli an die Leiterinnen und Leiter der Fachbereiche und Fachdienste verschickt mit der Bitte, die Wünsche und Antworten in Stichworten zu kommentieren, insbesondere zu klären, ob die Umsetzung befürwortet wird und wie teuer und langwierig die Umsetzung wäre. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Im Oktober wird sich die Projektgruppe „Öffentlichkeit“ im Marburger Bündnis für Familie zusammensetzen, um über die Bekanntmachung der Auswertung der Aktion zu beraten.

zu 4.8 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr. 8 10/2009)**
Vorlage: VO/0638/2009

In der Vorlage VO/0529/2009 ist der Schuldenstand für 2007 mit 52,570 Mio.

€ angegeben, im Schlussbericht des Prüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2007 hingegen mit 70,261 Mio. €. Wie ist die Differenz zu erklären?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In dem zusammenfassenden Bericht über das Finanz- und Schuldenmanagement in Marburg wurde ausdrücklich auf den Schuldenstand von **Kreditmarkt**schulden hingewiesen, der zum 31.12.2007 einen Bestand von 52.570.000 € aufweist.

Es wurde bewusst auf die Darstellung der Kredite vom Land Hessen verzichtet, da diese Kredite zinsfrei sind.

Im Schlussbericht 2007 ist der Schuldenstand einschließlich dieser Kredite ausgewiesen. Jedoch kann der Seite 211 des Schlussberichtes eine Aufschlüsselung der Schulden in Kreditmarktschulden und Schulden bei dem Land Hessen entnommen werden. Dort stimmen die Beträge mit dem aktuellen Bericht über das Finanz- und Schuldenmanagement überein.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Oppermann (CDU) wird ebenfalls durch vom Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.9

**Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 9 10/2009)
Vorlage: VO/0639/2009**

Wie viele Bürgschaften hat die Stadt Marburg der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau in welcher Höhe und für welche Projekte in der Zeit von 2003 bis 2009 einschließlich übernommen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aus der folgenden Übersicht können die gesamten übernommenen Bürgschaften für die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GeWoBau) entnommen werden, die zum 31.12.2009 noch einen Restbetrag aufweisen:

Bürg-	Bürgschaftszweck	Ursprünglicher	Stand zum
16.06.2000	Sanierung und	2.556.459 €	2.337.986,27 €
15.06.2001	Finanzierung der	8.794.220 €	7.931.861,75 €
28.05.2004	Solarstromprojekt 2003	147.000 €	102.900 €
25.02.2005	Solarstromprojekt 2004	214.500 €	160.875 €
19.06.2006	Solarstromprojekt 2005	111.000 €	88.800 €
24.06.2006	Solarstromprojekt 2006	374.000 €	374.000 €
22.12.2006	Kauf und Sanierung	750.000 €	726.132 €
27.04.2007	Solarstromprojekt 2006	91.000 €	77.350 €

27.04.2007	Solarstromprojekt 2006	91.000 €	77.350 €
15.02.2008	Solarstromprojekt 2007	38.500 €	34.650 €
27.02.2009	Solarstromprojekt 2008	41.000 €	38.950 €
15.05.2009	Ankauf Teileigentum im Marburger Hauptbahnhof (Genehmigung vom RP Gießen steht noch aus)	4.350.000 €	4.350.000 €

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Lotz-Halilovic wird ebenfalls durch vom Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.10 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 10 10/2009)**
Vorlage: VO/0642/2009

Wie viele Anträge auf Eingliederungshilfe für Kinder mit besonderen Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben und Rechnen nach § 35a SGB VIII sind seit 2007

- a) gestellt**
- b) abgelehnt worden und**
- c) wie lange dauerte die durchschnittliche Bearbeitungszeit?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Seit dem Jahre 2007 sind insgesamt acht Anträge auf Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII mit dem Hintergrund Legasthenie/Dyskalkulie gestellt worden. Diese wurden unsererseits alle abgelehnt. Es gilt aus unserer Sicht der Vorrang der Schule unter Bezugnahme auf die Verordnung über die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen (VOLRR) des hessischen Kultusministeriums aus dem Jahre 2006. Hierin wird jedem Schüler bzw. jeder Schülerin ein individueller Förderungsanspruch gegenüber der Schule eingeräumt.

In einem Fall haben wir uns anlässlich eines Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht verglichen und Eingliederungshilfe gewährt. In einem weiteren Fall wurde Hilfe zur Erziehung gewährt.

Je nach Komplexität dauert die Bearbeitung eines Antrags zwischen 6-10 Wochen bzw. bei Widersprüchen oder insbesondere bei Gerichtsverfahren auch länger, bis hin zu 3 oder auch mehr Monaten.

zu 4.11 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 11 10/2009)**
Vorlage: VO/0643/2009

Ist dem Magistrat bekannt, ob und wann für 2010 ein Kinderfest geplant ist, wie 2008, wo alle Kindergärten der Stadt Marburg und weitere Einrichtungen, die sich um Kind und Familie drehen, beteiligt sind, und ob es wieder im Alten Botanischen Garten stattfindet?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der 4. Kindertagesstättentag der städtischen Kindertageseinrichtungen wurde 2007 im Alten Botanischen Garten angeboten. Zielsetzung des Kindertagesstättentages ist es, die pädagogische Arbeit der städtischen Kindertageseinrichtungen in der Öffentlichkeit darzustellen.

Die Planung, Organisation und Koordination des Kindertagesstättentages erfolgte bisher durch den Fachdienst Kinderbetreuung in Kooperation mit den städtischen Kindertageseinrichtungen und verschiedenen langjährigen Kooperationspartnern.

Es gab bislang unterschiedliche Standorte für die Veranstaltung. 2007 wurde erstmalig der Alte Botanische Garten gewählt.

Der Kindertagesstättentag findet im Turnus von 3 bis 4 Jahren statt, da für eine jährliche Veranstaltung in dieser Größenordnung der Arbeitsaufwand für alle Beteiligten außerhalb der Regelarbeitszeit sowie der hohe Organisationsaufwand zusätzliche Belastungen mit sich bringen. Um den Aufwand für die Einrichtungen so gering wie möglich zu halten, findet der Kindertagesstättentag für Kinder mit ihren Familien anstelle des obligatorischen Sommerfestes aller städtischen Einrichtungen statt.

Eine Terminfestlegung für den nächsten Kindertagesstättentag ist noch nicht geschehen. Voraussichtlich wird der nächste Kindertagesstättentag in 2011 erfolgen, da eine langfristige Planung hierfür notwendig ist. Dies schließt die Standortwahl ein.

**zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 12 10/2009)
Vorlage: VO/0640/2009**

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, warum einige Arbeitsverträge von Schauspielern des Hessischen Landestheaters nicht über das Jahr 2010 hinaus verlängert werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es ist im Theater üblich, dass die in der Regel befristeten Verträge zum Wechsel einer Intendanz auslaufen. Damit wird dem/der neuen Intendanten/in die Möglichkeit gegeben, seine künstlerischen Vorstellungen auch personell umzusetzen.

Der Magistrat kann und will zu einzelnen Arbeitsverträgen keine Stellungnahmen abgeben. Nach Ansicht der Vertreter beider HLTh-Gesellschafter, Universitätsstadt Marburg und Land Hessen, ist die Entscheidung des designierten Intendanten Matthias Faltz über Verlängerung und Nicht-Verlängerung der Arbeitsverträge im Umfang mit Augenmaß gefällt worden. Kontinuität und Wechsel sind ausgewogen.

Es gilt im übrigen nach wie vor die Antwort auf die themengleiche Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Marburger Linke) vom Juli:

Der designierte Intendant Matthias Faltz hat den Verbleib von sieben Schauspielerinnen und Schauspielern vereinbart, sechs Verträge wurden nicht verlängert.

**zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 13 10/2009)
Vorlage: VO/0648/2009**

Wie hoch sind derzeit die geplanten Kosten für den "Sprungturm-Anbau" im Aquamar?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die derzeit geplanten Kosten betragen 3.511.000 € (bereits mit Kleiner Anfrage Nr. 23 vom 04.09.2009 der CDU-Fraktion, Karin Schaffner beantwortet).

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Stompfe (CDU) wird ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

**zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 14 10/2009)
Vorlage: VO/0644/2009**

Werden nach dem Erlass des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 12.08.2009 über innerörtliche Geschwindigkeitsbeschränkungen die kritischen Punkte (z.B. Bereiche vor Kindertagesstätten) von der Stadt Marburg überprüft?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die derzeit im Bereich der Stadt Marburg bestehenden zulässigen Höchstgeschwindigkeiten stehen größtenteils im Einklang mit dem neuen Erlass.

Durch die Straßenverkehrsbehörde wird geprüft, ob im Stadtgebiet z.B. im Bereich von Kindertagesstätten die Vorgaben des neuen Erlasses gegeben sind. Trifft dies zu, werden die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten entsprechend angepasst.

**zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 15 10/2009)
Vorlage: VO/0645/2009**

Gibt es aktuelle Daten und Erfahrungsberichte über den Fahrrad-Streifendienst?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Kontrollen von Radfahrern werden von der Ordnungspolizei im Rahmen des Regeldienstes durchgeführt. Es gibt daher keine gesonderten Statistiken über die Anzahl an Kontrollen und die dabei festgestellten Verstöße. Auf Grund der

Erfahrungen werden die Kontrollen in Zukunft weiter intensiviert.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (B90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 5 Nahverkehrsplan für die Universitätsstadt Marburg 2009-2014
Vorlage: VO/0556/2009**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Im Umweltausschuss hat ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vorgelegen, der heute auch auf den Tischen der Stadtverordneten ausliegt.

Der Änderungsantrag der CDU lautet wie folgt:

„Der zur Beschlussfassung vorgelegte Entwurf des Nahverkehrsplans 2009-2014 wird wie folgt geändert und ergänzt und mit diesen Änderungen und Ergänzungen beschlossen:

- 1. Zielvorgabe ist es, ein einheitliches Liniennetz zu schaffen und nicht zwischen Tageslinien und Abendlinien zu differenzieren.*
- 2. Montags bis Freitags verkehren alle Innenstadtlinien mindestens von 6 bis 20 Uhr, Samstags von 7 bis 18 Uhr. Ausnahme sind die Schlossfahrten der Linie 10, die erst ab ca. 9 Uhr beginnen.*
- 3. Die Außenstadtteile werden Montags bis Freitags von 6 bis 20 Uhr mindestens im Stundentakt bedient. Samstags von 7 bis 18 Uhr im 2-Stunden-Takt, die Umstellung auf AST-Verkehr erfolgt erst danach.*
- 4. Sonntags soll die Bedienung ganztags an den Abendverkehr an Wochentagen angepasst werden, d.h. es wird auch eine Verbindung in die Außenstadtteile am Sonntag Vormittag (z.B. AST-Verkehr) eingerichtet.“*

Den Punkten 1-3 des Änderungsantrages sind alle Fraktionen beigetreten. Im Anschluss wurden die **Punkte 1-4 des CDU Antrages** zur Abstimmung gestellt.

Die Punkte 1 - 3 werden einstimmig zur Annahme empfohlen.

Der Punkt 4 wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die Vorsitzende des Ausschusses stellte auch die ursprüngliche Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde ebenso wie im

Umweltausschuss abgestimmt. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung das gleiche Votum wie der Umweltausschuss.

Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über die Ziffer 4 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion abstimmen, die in den Ausschüssen abgelehnt wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, Nein-Stimmen der SPD und B90/Die Grünen und bei Enthaltungen der Marburger Linken, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Ziffer 4 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion zum Nahverkehrsplan wird abgelehnt.

Abstimmung über die Gesamtvorlage unter Berücksichtigung der beschlossenen Ergänzungen:

- 1. Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans für die Universitätsstadt Marburg wird in der geänderten Form beschlossen.**
- 2. Die aus der Fortschreibung des Nahverkehrsplans resultierenden Maßnahmen für den ÖPNV der Universitätsstadt Marburg werden als Rahmenkonzeption für die Nahverkehrsentwicklung beschlossen.**

zu 6

**Jahresabschlussbericht zum 31.12.2008 des DBM
Vorlage: VO/0567/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu der Vorlage.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass im Beschlusstext die Jahreszahl 2009 in 2008 abzuändern ist.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Jahresabschluss des DBM für das Geschäftsjahr 2008.**
 - 2. Das aufgerechnete Ergebnis aller Sparten (außer Sparte öffentliche Abwasserbeseitigung) in Höhe von 508.374,83 € wird in die Gewinnrücklage des Dienstleistungsbetriebes eingestellt.**
 - 3. Das nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelte Defizit des Kanalgebührenhaushaltes in Höhe von -286.874,17 € wird aus der zweckgebundenen Kanalgebührenausgleichsrücklage ausgeglichen.**
 - 4. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.**
-

zu 7

**Aufstellung des Regionalplans Mittelhessen
Stellungnahme der Universitätsstadt Marburg im Rahmen der zweiten
Anhörung und Offenlegung des Regionalplanentwurfs Mittelhessen 2009
einschließlich des Umweltberichts und des Berichts zur FFH-Vorprüfung
gemäß § 10 Absatz 4 des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG) in
der Fassung vom 12. Dezember 2007 (GVBL. I 27/2007 S. 851)
Vorlage: VO/0583/2009**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Fraktion B90/Die Grünen).

Oberbürgermeister Vaupel erläutert die Notwendigkeit der Stellungnahme und die Eilbedürftigkeit. Der Magistrat habe die Vorlage erst in der gestrigen Sitzung beschlossen, aufgrund der knappen Zeit der Auslagezeit (24.08. - 23.09.) müsse über die Stellungnahme zum Regionalplan Mittelhessen heute beraten und ein Beschluss gefasst werden.

Nachfragen betreffen die Information und Beteiligung der Ortsbeiräte. Hierzu führt Oberbürgermeister Vaupel aus, die Beteiligung habe aufgrund der kurzen Offenlegungszeiten nicht erfolgen können.

Die Stadtverordnete Schaffner (CDU) stellt den Antrag, über jeden Punkt der Stellungnahme einzeln abzustimmen.

Die Punkte 1 - 7 der Stellungnahme wurden einstimmig angenommen.

Der Punkt 8 der Stellungnahme (zu Kap. 7.2.2 Windenergienutzung) wurde mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer (SPD-Fraktion).

Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Aussprache wurde angemeldet.

Wie der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, wird vereinbarungsgemäß bei einstimmiger Ausschussempfehlung, wie bei den Ziffern 1 - 7, keine Aussprache stattfinden.

Die Ziffer 8 der Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung vom Oberbürgermeister für heute zurückgezogen, somit entfällt auch hierzu die Aussprache.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit nur über die Ziffern 1 - 7 der Stellungnahme der Universitätsstadt Marburg abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der beigefügten Anlage „Stellungnahme der Universitätsstadt Marburg im Rahmen der zweiten Anhörung und Offenlegung des Regionalplanentwurfs Mittelhessen 2009 einschließlich des Umweltberichts und des Berichts zur FFH-Vorprüfung

gemäß § 10 Absatz 4 des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG) in der Fassung vom 12. Dezember 2007 (GVBL. I 27/2007 S. 851)" Ziffern 1 - 7 zu.

Die Ziffer 8 der Stellungnahme wird vertagt.

**zu 8 Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn zur Errichtung einer Altenhilfeeinrichtung
Vorlage: VO/0613/2009**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Dort hat Oberbürgermeister Vaupel vorgeschlagen, die Vorlage in der Oktobersitzung des Haupt- und Finanzausschusses erneut zu beraten. Dagegen wurden keine Einwände erhoben.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Oktobersitzung.

**zu 9 Bundesweiter Kindergipfel 2010 der Naturfreundejugend Deutschlands
Vorlage: VO/0617/2009**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo (Fraktion B90/Die Grünen).

Die Vorsitzende des Ausschusses hat vorgeschlagen, den Satz "Zur Durchführung werden im Haushalt 2010 20.000 € zur Verfügung gestellt" zu streichen. Hiergegen wurden keine Einwände erhoben.

Der so geänderte Beschlusstext wird vom Sozialausschuss einstimmig zur Annahme empfohlen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat den zweiten Satz des Beschlusstextes lediglich zur Kenntnis genommen. Er soll im Rahmen der Haushaltsberatungen wieder aufgegriffen werden.

Der erste Satz des Beschlusstextes wurde vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit über die geänderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der bundesweite Kindergipfel 2010 der Naturfreundejugend Deutschland kann vom 13. - 16. Mai 2010 (Christi Himmelfahrt) in der Universitätsstadt Marburg stattfinden. Der Magistrat wird mit der Vorbereitung und Ausführung in Kooperation mit der Naturfreundejugend Deutschland

beauftragt.

zu 10 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

**zu 10.1 Antrag des KiJuPa - Einsatz eines weiteren Busses für die Linie 11 b
Vorlage: VO/0086/2009**

Die Vorlage ist im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zusammen mit dem Nahverkehrsplan beraten worden. Sie wurde nach der Beratung als erledigt angesehen.

Eine Information an das Kinder- und Jugendparlament soll schriftlich erfolgen.

**zu 10.2 Antrag des KiJuPa betr. Buslinie 5
Vorlage: VO/0177/2009**

Die Vorlage ist im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zusammen mit dem Nahverkehrsplan beraten worden. Sie wurde nach der Beratung als erledigt angesehen.

Eine Information an das Kinder- und Jugendparlament soll schriftlich erfolgen.

zu 11 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Anträge zur Beschlussfassung vor.

zu 12 Anträge der Fraktionen

**zu 12.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Busverkehr obere Moischer Straße nach 22
Uhr
Vorlage: VO/0013/2008**

Auch diese Vorlage wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zusammen mit dem Nahverkehrsplan diskutiert. Anschließend wurde der Antrag von der Antragsstellendenfraktion für erledigt angesehen und zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 12.2 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Freiraumplanung
Biegenviertel / Verkehrsführung Deutschhausstraße
Vorlage: VO/0294/2009**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden, es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Der Antrag war in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften am 18.06.2009 zurückgestellt worden um ein Votum des Radverkehrsbeirates einzuholen. Nachdem dieses nunmehr vorliegt ergänzen die Antragsstellendenfraktionen den Beschlusstext dahingehend, dass im Buchstabe b als abschließender Satz hinzugefügt wird „Dabei ist das Votum des Radverkehrsbeirates in den Planungen abzuwägen.“.

Dieser so ergänzte Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich zu Annahme empfohlen.

Aussprache wurde im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften nicht beantragt.

Dennoch eröffnet der Stadtverordnetenvorsteher die Aussprache da sie im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr gewünscht wurde. Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Bürgermeister Dr. Kahle (Bündnis 90/Die Grünen), Stompfe (CDU), Oberbürgermeister Vaupel (SPD), Stompfe (CDU), Oberbürgermeister Vaupel (SPD), Bürgermeister Dr. Kahle (Bündnis 90/Die Grünen) und erneut Prof. Dr. Dingeldein (FDP). Er beantragt getrennte Abstimmung zu den Ziffern a, b und c des Antragstextes.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Abstimmung zu Ziffer a:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP und bei Nein-Stimmen der CDU und MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert im Rahmen der Weiterentwicklung der Freiraumkonzeption für das Biegenviertel a auf den Lahnwiesen entlang der Uferstraße unter Einbeziehung der vorhandenen Parkplatzflächen weitere Naherholungs- und Freizeitflächen zu schaffen.

Abstimmung zu Ziffer b:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert im Rahmen der Weiterentwicklung der Freiraumkonzeption für das Biegenviertel b im Rahmen eines Verkehrsversuches auf der Deutschhausstraße zwischen Biegenstraße und Bunsenstraße die rechte Fahrspur zu Gunsten von Kurzzeit-/Bewohnerparkflächen abzumarkieren. Dabei ist das Votum des Radverkehrsbeirates in den Planungen abzuwägen.

Abstimmung zu Ziffer c:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken sowie Nein-Stimmen der CDU und FDP und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert im Rahmen der Weiterentwicklung der Freiraumkonzeption für das Biegenviertel c für den Bereich der Deutschhausstraße zwischen Biegenstraße und Robert-Koch-Straße an geeigneten Standorten Bäume zu pflanzen.

**zu 12.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Denkmalschutz für Universitätsgebäude auf den Lahnbergen
Vorlage: VO/0375/2009**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden.

Zu dem Antrag liegt eine schriftliche Stellungnahme des Denkmalbeirates noch nicht vor.

Die Vorlage wird somit zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, Liegenschaften.

**zu 12.4 Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Bessere Zugangsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer vom Ortenberg zum AquaMar
Vorlage: VO/0418/2009**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer (SPD-Fraktion).

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, gemäß dem gültigen Radwegeplan Marburg einen durchgängigen Fuß- und Radweg vom Ortenberg zum Schwimmbad zu schaffen, den auch Kinder gefahrlos nutzen können. Vor allem das letzte Stück von der Nonnengasse bis zur Fußgängerbrücke beim AquaMar sollte nicht über die Weintrautstrasse geführt werden.

**zu 12.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Qualitätsstandards für Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II umsetzen.
Vorlage: VO/0570/2009**

Der Antrag ist im Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen und wurde dort zurückgestellt. Er soll zunächst im Fachbeirat SGB II beraten werden. Der Antrag wird zurückgestellt bis eine Stellungnahme des Fachbeirates vorliegt.

**zu 12.6 Antrag des Stadtverordnetenvorstehers betr. Anpassung der Entschädigungen und der Fraktionsfinanzierung
Vorlage: VO/0618/2009**

Der Stadtverordnetenvorsteher hat den Antrag zu Beginn der Sitzung zurückgezogen. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 12.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Ermäßigung der Kinderschwimmkurse für Kinder mit Stadtpass
Vorlage: VO/0619/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Oberbürgermeister Vaupel bezifferte die jährlichen Kosten hierfür auf 4.500 € (bei 100 Kindern) und berichtete, dass sich der Bund für Familie mit Vorschlägen zur Neugestaltung des Stadtpasses beschäftigt.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth stellte den Änderungsantrag, den Kostenanteil der Stadt Marburg auf 100 % zu erhöhen.

Diesen Änderungsantrag hat der Ausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Im Übrigen empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg übernimmt für die Kinder mit Stadtpass die Kosten für den Lernschwimmkurs bis zum Erreichen des Seepferdchenabzeichens zu

75%.

zu 13 Große Anfragen der Fraktionen

**zu 13.1 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Lohnersatzleistungen, Sozialleistungen
Vorlage: VO/0358/2009**

Die Große Anfrage ist im Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen am 16.09.2009 beraten worden. Der Ausschuss hat sie Vorlage zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Tagesordnungspunkt zurück bis zur Oktobersitzung.

zu 14 Kenntnisnahmen

**zu 14.1 Einzelhandelsstudie Marburg
Vorlage: VO/0576/2009**

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden und zur Kenntnis genommen worden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage ebenfalls zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge